



# IRUB BUNDESANSTALT FÜR BERGBAUERNFRAGEN

FEDERAL INSTITUTE FOR LESS-FAVOURED AND MOUNTAINOUS AREAS

A - 1030 Wien Marxergasse 2/Mezzanin

<http://www.babf.bmlfuw.gv.at>

Tel.: +43 1/504 88 69 - 20 Fax.: +43 1/504 88 69 - 39

email: [georg.wiesinger@babf.bmlfuw.gv.at](mailto:georg.wiesinger@babf.bmlfuw.gv.at)

---

## Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung

### Protokoll der Sitzung vom 5. März 2004

An der **57. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen folgende Personen teil:

Chr. Amann (IFF Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt und Wien, Abt. Soziale Ökologie), Baumhöfer (ÖBV Österreichische Bergbauernvereinigung), Behr (Universität für Bodenkultur), Dörr (arp Consulting), W. Fischer (Universität Graz, Institut für Geographie und Raumforschung), Gindl (IFF Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt und Wien, Abt. Soziale Ökologie), Göttl (BMLFUW, Abt. II/5), Greif (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), B. Hofer (Public Opinion - Institut für qualitative Sozialforschung), O. Hofer (BMLFUW, Abt. II/5), I. Huber (freie Journalistin), Köstlin (Universität Wien, Institut für Europäische Ethnologie), Langthaler (Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes), Larcher (Universität für Bodenkultur, Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung), Moravec (BMLFUW, Abt. II/1), Neunteufel (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Pevetz (vorm. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Pfusterschmid (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Schlieber (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Tamme (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Vogel (Universität für Bodenkultur, Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung), Vogt (ÖBV Österreichische Bergbauernvereinigung), Wieser (Universität Wien und Universität für Bodenkultur), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Zapotoczky (Universität Linz, Institut für Soziologie), Zsilincsar (Universität Graz, Institut für Geographie und Raumforschung)

**Entschuldigungen** ergingen von: Bogner, Breiling, Eigersreiter-Jashari, Danhel, Donabauer, T. Fischer, Girstmair, Griesmayr, Heistingner, Herzog, Högl, Hoppichler, Kapfer, Knöbl, Loidl-Keil, Machold, Martischnig, Panholzer, Rath, Richter, Rohrmoser, Rossier, Štastný, Chr. Steiner, Weigl, Wohlmeyer

Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft begrüßt **Wieser** die Vortragenden und TeilnehmerInnen der Sitzung.

Im ersten Teil dieser Sitzung präsentierten Christof **Amann** und Michaela **Gindl** (beide IFF Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt, Abt. Soziale Ökologie) Ergebnisse ihres Forschungsprojektes zum „Verhältnis zwischen Institution und urbaner Landwirtschaft – Soziologische Aspekte einer stadtnahen Landwirtschaft“. Diese Arbeiten erfolgten im Rahmen eines größeren Projekts über Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien. *Amann* ist von seiner Ausbildung Landschaftsplaner, *Gindl* studierte Soziologie an der Universität Wien und arbeitete u.a. zwei Jahr an der Wirtschaftsuniversität Wien Abteilung Wirtschaft und Umwelt.

Das Projekt „Optionen für die Entwicklung von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien“ war ein thematisch breit angelegtes Forschungsvorhaben mit einer Laufzeit von insgesamt zwei Jahren, welches im Rahmen der Kulturlandschaftsforschung erfolgte. Finanziert wurde das Projekt vom damaligen Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr sowie von der Magistratsabteilung MA 22 Umweltschutz der Stadt Wien. Das Projekt wurde von *Prof. Ludwig Maurer* vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie initiiert und geleitet. Die Kooperation erfolgte zwischen dem Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung (IRUB) der Universität für Bodenkultur, dem Institut für Finanzwissenschaften und Infrastrukturpolitik (IFIP) der Technischen Universität Wien sowie mit der Abteilung Soziale Ökologie des Instituts für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Innsbruck, Klagenfurt und Wien (IFF).

In einem ersten Teil des Projekts ging es um den Status quo der Landwirtschaft in Wien, wobei die naturräumlichen, institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen in einem sehr umfangreichen Dokument dargestellt wurden. Darüber hinaus wurden sgn. „driving forces“ der Stadtentwicklungsdynamik identifiziert und Akteure soziologisch unter die Lupe genommen. Aufbauend auf dieser Darstellung wurden versucht, in einem zweiten Teil Optionen für landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzte Flächen zu entwickeln und multifaktoriell zu bewerten. Auch über diesen Teil gibt es einen, wenn auch wesentlich dünneren Bericht. Beide Berichte sind nicht veröffentlicht, konkrete Auskünfte können aber vom Ludwig-Boltzmann-Institut für biologischen Landbau und angewandte Ökologie bezogen werden. Im Rahmen des Projekts wurde in der Wiener Planungswerkstatt auch eine sehr erfolgreiche Ausstellung zur Landwirtschaft in Wien organisiert. Das Bewusstsein, dass es auch eine urbane Landwirtschaft gibt, wurde dabei breiten Kreisen vermittelt. Eine der Erfolge war, dass sehr viele Schulklassen Exkursionen zur Ausstellung unternahmen, welche dann schließlich sogar verlängert werden musste.

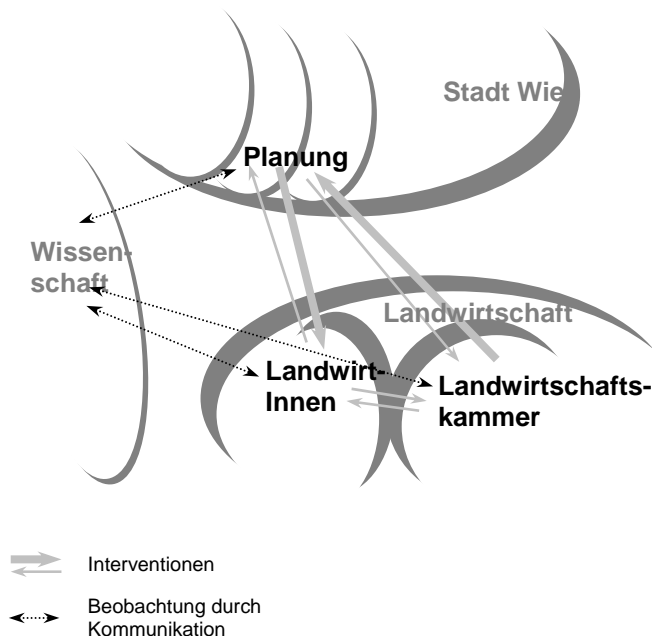
Der Ausgangspunkt der Forschung war laut Offert die Annahme, dass Landwirtschaft in Wien ein tendenziell konfliktreiches Feld darstellt und dass die Umsetzung von Entwicklungsstrategien und Maßnahmen innerhalb der Landwirtschaft für zukünftige Entwicklungen und Veränderungen schwierig ist. Die Fragestellungen zu Beginn betrafen laut Antrag zum einen eine Beschreibung des Feldes der relevanten Akteure, eine Beschreibung der Konfliktlinien, der Interessen und Strategien, welche die einzelnen Akteure verfolgen, der Ressourcen, die sie zur Verfügung haben, der Interaktions- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Akteuren aber auch innerhalb der Akteure sowie der Schlussfolgerungen für die Entwicklung von Optionen für die Zukunft von Landwirtschaft und Gartenbau in Wien.

Als Akteure wurden sowohl Einzelpersonen als auch Institutionen, z.B. Magistratsabteilungen definiert, die Interessen und Nutzungsansprüche an landwirtschaftlich genutzten Flächen haben und an Entscheidungen, die die Landwirtschaft betreffen, beteiligt sind. Es wurde davon ausgegangen, dass Konflikte primär drei Ursachen haben, einerseits unterschiedliche Interessen der Akteure (LandwirtInnen, Fachabteilungen etc.) bestehen, weiters unterschiedliche Nutzungsansprüche an landwirtschaftlich genutzten Flächen gegeben sind und letztlich dass es Schwierigkeiten in der Kommunikation gibt. Es wurde davon ausgegangen, dass Akteure unterschiedliche Kommunikationsstrukturen haben. Ein Akteur z.B. der Magistratsabteilung der Stadt Wien und ein Akteur der Landwirtschaftskammer haben in dieser Grundannahme unterschiedliche Kommunikationsstrukturen, die aus ihrer Tätigkeit, Tradition und Identität heraus entstehen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Kommunikationsstrukturen sind Missverständnisse in der Natur der Sache, d.h. diese sind nicht begründet am schlechten oder mangelnden Willen einzelner Personen andere zu verstehen, sondern in einer Handlungs- und Kommunikationslogik, die aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Akteursgruppe heraus entstehen. Es wurde daher davon ausgegangen, dass das Verstehen der Kommunikationsstrukturen der einzelnen Akteure die Basis für das Verstehen des Handelns der einzelnen sein kann. Aufgrund der sich darauf aufbauenden Handlungslogik kann auch die Kommunikation verbessert werden. Eine zentrale Aufgabe war also, die Kommunikationsstrukturen der einzelnen Akteure genauer zu analysieren.

Die Methodik der Datenerhebung erfolgte v.a. über qualitativer Interviews und teilnehmende Beobachtungen. Daneben wurden drei themenspezifische Workshops mit den einzelnen Akteuren in Wien veranstaltet. Die Daten wurden über einen in der qualitativen Sozialforschung üblichen zirkulären Prozess ausgewertet, d.h. die Daten aus den qualitativen Interviews, teilnehmenden Beobachtungen und Workshops wurden beschrieben, interpretiert und daraus Thesen entwickelt. Dann erfolgte eine neue Interview- und Erhebungsphase. Dieser zirkuläre Prozess wurde solange weitergeführt, bis keine neuen Informationen mehr gewonnen werden konnten. Die Interviews wurden sehr offen geführt, d.h. die Struktur und die Inhalte der Interviews wurde so weit wie möglich den befragten Akteuren überlassen, um dadurch so viel wie möglich über die Kommunikations- und Handlungsstrukturen zu erfahren.

Aus der Analyse ergab sich, dass sich das Spannungsfeld in der urbanen Landwirtschaft aus drei zentralen Akteuren aufbaut. Diese Akteure wurden definiert als Planung\*. (Planung\* deshalb, weil eine Unterscheidung zu Planungsinstrumenten und Planungsprozessen getroffen werden sollte.) Planung\* umfasst die Stadtverwaltung, die sich mit Flächennutzung befasst. Die beiden weiteren

Gruppen von Akteuren stellten die Landwirtschaftskammer und die LandwirtInnen dar. Dieses Ergebnis scheint nahe liegend und trivial, ist es aber nicht, wenn man den Blick auf die innere Struktur und die Komplexität der Beziehungen zwischen den Akteuren richtet. Es wurde versucht, die Akteure und deren wichtigsten Beziehungen grafisch darzustellen, wobei auch die eigene Rolle als wissenschaftliche Beobachter berücksichtigt wurde.



Quelle: Amann/Gindl

Die Akteure sind im Wesentlichen zweigeteilt in Planung\* und Landwirtschaft als Kombination zwischen Landwirtschaftskammer und LandwirtInnen, da diese Gruppen im Feld so wahrgenommen werden, d.h. wenn die Stadt Wien von Landwirtschaft spricht, meint sie meistens beide Akteure. Auch die Planung\* ist in sich in unterschiedliche Abteilungen differenziert, die jedoch von außen meist nicht als solche wahrgenommen werden. In der Darstellung stehen sich Landwirtschaft und Stadt Wien gegenüber. Dies wurde bewusst so gewählt, da zum einen für die LandwirtInnen und die Landwirtschaftskammer häufig keine Unterscheidung zwischen einzelnen Planungsabteilungen gemacht wird, sondern die Stadt Wien als Ganzes angesprochen wird und vice versa, wenn von der Landwirtschaft gesprochen wird, dann sind meist LandwirtInnen und die Landwirtschaftskammer gemeint. Mit der unterschiedlichen Stärke der Pfeile wurde versucht, die Nähe der Akteure und die Dichte der Interaktionen bzw. Kommunikationen darzustellen.

Im Forschungsprojekt wurden zwei Thesen formuliert. Die erste These lautet, dass eine zentrale Ursache für Schwierigkeiten in der Kommunikation in inneren Widersprüchen der einzelnen Akteure selbst begründet liegt. Unter inneren Widersprüchen werden Diskrepanzen zwischen dem was beabsichtigt wird und dem wie tatsächlich gehandelt wird, verstanden. Bei einem Akteur kann es unterschiedliche Absichten, verschiedenen Handlungen und einen Widerspruch zwischen Sein und Schein geben. Die zweite These lautet, dass Kommunikation zwischen Akteuren dann schwierig wird, wenn sich die Selbstbeschreibung der einzelnen Akteure von der Art und Weise, wie sie von anderen Akteuren beschrieben werden (d.h. Fremdbeschreibungen) unterscheidet und diese Diskrepanz nicht wahrgenommen wird. Daraus ergeben sich die zentralen Schwierigkeiten der Kommunikation.

Im Folgenden soll beschrieben werden, wie sich die einzelnen Akteure in den Gesprächen und Beobachtungen selber darstellen und welche inneren Widersprüche sich aus ihrer Selbstbeschreibung heraus ergeben können.

**PLANUNG\***

**Selbstbeschreibung**

**Innere Widersprüche**

Orientierung am Gemeinwohl  
Umsetzung von Plänen in die Wirklichkeit  
Anerkennung der Multifunktionalität der LW

Kein kohärentes Zielsystem  
Planbarkeit der Wirklichkeit  
LW als „Vehikel“

In allen mit *Planung\** befassten Akteuren der Stadtverwaltung geführten Interviews findet sich in der Selbstbeschreibung die Orientierung am Gemeinwohl. An dieser Leitschiene haben sich die Akteure bei der Stadtentwicklung zu richten bzw. auch unterzuordnen. Die zentrale Tätigkeit der *Planung\** ist die Umsetzung von Plänen in die Wirklichkeit. Als dritten Punkt aus den Interviews ergab sich in der Selbstbeschreibung der *Planung\**, dass sie die unterschiedlichen Funktionen der Landwirtschaft anerkennt und diese als wichtig und erhaltenswert erachtet. Im Hinblick auf die Orientierung am Gemeinwohl ergeben sich aber auch innere Widersprüche, v.a. wegen dem Fehlen eines kohärenten Zielsystems. In der Realität wird die Arbeit der *Planung\** damit konfrontiert, dass es unterschiedliche, inhaltliche, sektorale, teils in sich widersprüchliche Situationen gibt. Ein weiterer Widerspruch ergibt sich in der Planbarkeit der Wirklichkeit. *Planung\** versucht die Wirklichkeit planbar zu machen. Sie definiert ihre Produkte in einem statischen System. Tatsächlich sind aber sowohl das Entstehen als auch die Umsetzung von Plänen von flexiblen, sich durchaus verändernden Prozessen abhängig, wodurch ein ständiges Anpassen notwendig wird. Dieser Widerspruch zwischen einem statischen Produkt und der Notwendigkeit an Flexibilität und Dehnbarkeit verursachen komplizierte Manöver bei der *Planung\**. Oft wurde versucht auf ein im Kern Unveränderliches zu verweisen, um die eigene Selbstbeschreibung zu rechtfertigen. Der dritte Widerspruch betrifft die Landwirtschaft als „Vehikel“. Es wird zwar die Multifunktionalität der Landwirtschaft postuliert, tatsächlich gibt es aber sehr unterschiedliche sektorale Interessen. Unter Multifunktionalität wird oft sehr unterschiedliches verstanden, nicht nur agrarische Strukturen und Funktionen sondern u.a. auch Naherholung oder Landschaftsschutz. Dies kann dann zu massiven inneren Widersprüchen führen.

#### LANDWIRTINNEN

##### Selbstbeschreibung

Schwierige ökonomische Situation  
Nachteile der Lage in der Stadt  
„UnternehmerIn“

##### Innere Widersprüche

LandwirtIn vs. GrundeigentümerIn  
  
Ohnmacht

Die *Selbstbeschreibung der LandwirtInnen* ist sehr stark von der strukturellen urbanen Situation in Wien abhängig. Sie ist besonders von der schwierigen ökonomischen Situation geprägt. Die LandwirtInnen beschreiben ihre wirtschaftliche Situation durchwegs als sehr unsicher v.a. in Hinblick auf die Zukunft. Die Nachteile der Lage in der Stadt werden gegenüber den Vorteilen, die die Lage in der Stadt bringen könnte, als bei weitem überwiegend eingeschätzt. Einerseits wird die schwierige Situation mit den AnrainerInnen beschrieben, andererseits aber auch die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die Gegebenheiten in der Stadt und die Bedrohung eines möglichen Verlustes von Flächen durch Umwidmungen. Trotz schwieriger ökonomischer Situation beschreiben sich die LandwirtInnen als UnternehmerInnen. LandwirtInnen finden sich in einer Doppelrolle als Produzentinnen und GrundeigentümerInnen. Der innere Widerspruch liegt darin, dass sie sich zwar als UnternehmerInnen und GrundeigentümerInnen beschreiben, in ihrer tatsächlichen Wirtschaftsweise aber sehr stark von der idealtypischen Vorstellung einer „richtigen LandwirtIn“ behaftet sind, denn als UnternehmerInnen und GrundstückeigentümerInnen, müssen sie dann aufgeben, wenn es sich ökonomisch nicht mehr rechnet. In der Stadt sind Grundflächen ein teures Gut. Der Verkauf von Grund und Boden in Hinblick auf Gewinnmaximierung steht dabei im Widerspruch mit einer „traditionell bäuerlichen Logik“. Den zweiten inneren Widerspruch könnte man als „Ohnmacht“ bezeichnen. Einerseits wird die Rolle als UnternehmerIn als weitgehend selbst bestimmtes Handeln mit vielen individuellen Handlungsmöglichkeiten definiert, zum anderen erleben und beschreiben sich die LandwirtInnen als ohnmächtig. Sie empfinden, dass sie nichts tun dürfen oder können, dass ihre Initiativen keinen Erfolg haben oder nicht beachtet werden, was in einem Widerspruch zur Rolle als selbständige UnternehmerIn steht.

#### LANDWIRTSCHAFTSKAMMER

Selbstbeschreibung	Innere Widersprüche
Hierarchische Organisation	Hierarchie vs. bottom-up
Geschlossenheit	Flexibilität vs. formaler Struktur
Meinungsbildung auf breiter Basis	

Die *Landwirtschaftskammer* beschreibt sich selbst als starr hierarchisch geführte Organisation mit einer großen Geschlossenheit innerhalb der Organisation aber auch im Auftreten nach außen. Sie vertritt die Ansicht, dass die LandwirtInnen nach Möglichkeit im Haupterwerb bleiben sollten. In der Selbsteinschätzung erfolgt die Meinungsbildung in einer sehr formalen Struktur auf breiter Basis. Ein innerer Widerspruch ergibt sich, dass die Landwirtschaftskammer klar formal hierarchisch strukturiert ist, andererseits lässt man aber auch in einem bottom-up Ansatz Meinungsbildungen der KlientInnen bzw. LandwirtInnen dort zu, wo es um zentrale Fragen geht. Es besteht also eine gewisse Flexibilität als Dienstleistungsunternehmen, gleichzeitig wird auf die real existierende organisatorische Struktur Wert gelegt. Es gibt auch einen Widerspruch, der in der besonderen Funktion als Interessensvertretung begründet liegt, dahingehend dass man einerseits vorgibt, die Interessen der Mitglieder nach außen hin zu vertreten, andererseits aber dass jede Organisation natürlich auch Eigeninteressen entwickelt.

In Hinblick auf die Fremdbeschreibungen soll zunächst dargestellt werden, wie *Planung\* über LandwirtInnen* spricht. Auch dabei steht die schwierige ökonomische Situation im Mittelpunkt. Dabei wird jedoch unterschieden zwischen kleinen und großen Betrieben. Die *Planung\** ist der Meinung, dass sich große Betriebe es leichter richten können, weil sie Grundstücke zu Geld gemacht hätten. Hier sind wir schon beim nächsten Punkt, der klaren Trennung zwischen sgn. „richtigen“ LandwirtInnen und „SpekulantInnen“. Die richtigen LandwirtInnen werden als „Kulturträger“, oder „Hüter des Bodens“ gesehen, die einer Berufung nachgehen. Das Gegenteil davon sind die meist abwertend genannten „SpekulantInnen“, die nur darauf warten, ihren Boden zu Geld zu machen und damit auch Interesse haben, dass Umwidmungen stattfinden. Für die *Planung\** sind LandwirtInnen generell misstrauisch gegenüber Planungsprozessen. Es herrscht eine sgn. Atmosphäre des „Misstrauens und der Intransparenz“. Zugleich gibt es die Beschreibung bzw. die Wahrnehmung, dass LandwirtInnen sehr mächtig sind in den Entscheidungsprozessen. Sie wären in der Lage Bauernaufstände zu organisieren, sie könnten stadtplanerische Prozesse blockieren und die Stadt vor sich her treiben.

Wenn die *Planung\* über die Landwirtschaftskammer* spricht, dann wird ihre eine wichtige aber trotzdem unklare Rolle beigemessen. Die Landwirtschaftskammer ist bei mehreren Verfahrensschritten eingebunden, wobei sie sich gegen die Widmungskategorie SWW (Schutzzone Wald- und Wiesengürtel) und die damit verbundene Enteignungsmöglichkeit einsetzt, was dazu führt, dass die *Planung\** bezweifelt, dass die Landwirtschaftskammer immer die Interessen der LandwirtInnen wiedergibt.

Für die *LandwirtInnen* bleibt die *Planung\** ein undurchsichtiger Akteur. Es bleibt meist offen, wer damit genau gemeint ist. Meist wird alles unter der Stadt Wien subsumiert. Auch hier gibt es Misstrauen, weil unterstellt wird, dass die *Planung\** in vielen Fällen willkürlich handle und die Stadt mächtig genug sei, um „es sich richten zu können“, etwas, was den LandwirtInnen nicht möglich wäre. Ein Punkt dabei ist, dass die Stadt zwar Planungsprojekte hat aber ihre wirklichen Vorstellungen über die zukünftige Nutzungen geheim hält.

Die *Landwirtschaftskammer* ist für die *LandwirtInnen* ein wichtiges Informationsinstrument, aber die Betreuung ließe zu wünschen übrig. Es wird vielfach unterstellt, dass es der Landwirtschaftskammer eigentlich nur um den Kammerbeitrag gehe.

Wenn die *Landwirtschaftskammer* über die *Planung\** bzw. die Stadt Wien spricht, wird diese vor allem als Grundstücksbesitzerin gesehen, die trachtet zwischenzeitlich „Flächen zwischen zu lagern“, um sie später in Bauprojekte zu verwenden. Die Kommunikation im Rahmen von Planungsverfahren erscheint aus Sicht der Landwirtschaftskammer verbesserungswürdig, da sie in manchen Prozessen erst sehr spät, eingebunden würde. Auf jedem Fall sei es aber Aufgabe der *Planung\**, an die Landwirtschaftskammer heran zu treten.

Den *LandwirtInnen* werden *aus Sicht der Landwirtschaftskammer* relativ gute Zukunftschancen eingeräumt, sowohl was die Landwirtschaft im Allgemeinen wie auch die Anzahl der Betriebe in Wien betrifft. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden von der Landwirtschaftskammer aber immer bestimmten Sparten (Ackerbaubetriebe, Weinbauern etc.) zugeordnet, wobei immer von „unseren“ Mitgliedern oder von den „Betroffenen“ die Rede ist, die mit Problemen konfrontiert sein, seien es Anrainerbeschwerden, Umwidmungen von Flächen etc. Die Mitglieder bedürfen des „Schutzes“, welcher von der Landwirtschaftskammer gewährt wird.

Mit den unterschiedlichen Selbst- und Fremdbeschreibungen der einzelnen Akteure ergeben sich zahlreiche Diskrepanzen. Im Verhältnis der *LandwirtInnen* und der Landwirtschaftskammer sind es vor allem Unterschiede in der Einschätzung der Zukunftsperspektiven und der Beratungsqualität. Für das Verhältnis der Planung\* und den *LandwirtInnen* lässt sich auf die Formel „Intransparenz und Misstrauen“ zusammenfassen. Auch in der Frage der Macht gibt es völlig unterschiedliche Einschätzungen. Während sich die *LandwirtInnen* der Planung\* ausgeliefert sehen, sind sie für die Planung\* so mächtig, dass sie Planungsprozesse leicht verhindern können, was so weit geht, dass *LandwirtInnen* die Bereitschaft unterstellt wird, dazu sogar physische Gewalt anzuwenden. Da war sogar einmal die Rede von Bauernaufstand und es gab die Schilderung, dass VertreterInnen der Stadt Wien „beinahe mit Dreschflegeln“ aus einem Gasthaus gejagt worden wären. Aus Sicht der Planung\* verhindern *LandwirtInnen* die Umsetzung von Maßnahmen. Andererseits unterstellen die *LandwirtInnen* der Planung\*, es sich richten zu können, d.h. nicht gezwungen sind, sich an ihre eigenen Vorgaben zu halten, ohne Klarheit zu haben, nach welchen Kriterien das erfolgen könnte. In Hinblick auf die Diskrepanz zwischen GrundbesitzerInnen und ProduzentInnen landwirtschaftlicher Produkte zeigt sich eine zentrale Unterscheidung zwischen „richtigen *LandwirtInnen*“ und „SpekulantInnen“. Sowohl für die Planung\*, wie auch für die Landwirtschaftskammer machen „richtige *LandwirtInnen*“ keine Geschäfte mit Grundstücken, was wiederum für betroffene *Landwirte* schwer einzusehen ist, da ja die Stadt Wien die Gewinne lukriert, wenn sie landwirtschaftliche Flächen billig ankauft und danach in Bauland umwidmet.

Resümierend ergeben sich die Ursachen für Schwierigkeiten in der Kommunikation v.a. dadurch, dass die Absicht des Gegenübers unklar bleibt und die Selbst- und Fremdbeschreibung nicht übereinstimmen. Zur Verringerung von Kommunikationsschwierigkeiten müssten zuallererst Interessenskonflikte und Kommunikationsprobleme voneinander getrennt werden. Es müsste immer klar sein, wann unterschiedliche Interessen aufeinander prallen und wo es tatsächliche Kommunikationsschwierigkeiten gibt, entweder aus sozialen Gründen oder weil die Sichtweisen nicht genügend transparent sind. Planung müsste als permanenter Aushandlungsprozess verschiedener Interessen verstanden werden. Zum Schluss, und das erscheint als besonders wichtig, müssten die Akteure mit ihren Interessen ernst genommen werden.

**Pevetz:** Objektiv betrachtet, soweit man überhaupt in Wien von Planung reden kann, besteht im Norden und Westen der Stadt in Bezug auf die noch nicht verbauten Flächen eine Tendenz zur absoluten Festschreibung der noch bestehenden Grünlandflächen, während im Süden und Osten starke Umwidmungstendenzen gegeben sind, die aber aus bestimmten Gründen bezüglich der einzelnen Grundstücke nicht klargestellt werden. Dies führt für die dortigen wirtschaftenden *Landwirte* zu Schwierigkeiten bei Entscheidungen. Man muss sagen, dass der Umgang Wiens mit seiner immerhin sehr produktiven Landwirtschaft im krassen Gegensatz zu dem steht, was man z.B. in holländischen Großstädten feststellen kann, wo eine klare, vorausschauende, langfristige Planung bezüglich der Flächennutzung gegeben ist. Ich möchte ein Beispiel etwas ausführlicher an einer Fläche schildern, die in der Wiener Flächennutzung im Allgemeinen etwas weniger beachtet wird, nämlich dem einzigen in Privatbesitz befindlichen Grünlandbetrieb auf Wiener Boden in Ober St. Veit. Er umfasst immerhin 16 Hektar Grünland, das ist die größte nicht bewaldete Grünlandfläche im Bezirk Hietzing, sowie zwei Hektar Wald. Der Betrieb wurde bis Anfang der Sechziger Jahre als Rinderzuchtbetrieb bewirtschaftet, bis er geschlossen wurde. Damals gab es in Ober St. Veit noch fünf landwirtschaftliche Betriebe, davon drei im Zusammenhang mit Klöstern. Mittlerweile sind sämtliche Betriebe verschwunden. Alle Flächen sind nun als Wald- und Wiesengürtel gewidmet und jetzt zusätzlich noch als Landschaftsschutzgebiet festgeschrieben. Die Besitzer betrachten dies als Enteignung im materiellen Sinn. Zusätzlich müssen noch mehr als 350 € jährlich an verminderter Grundsteuer und Beiträge an die Landwirtschaftskammer entrichtet werden. In den ersten Jahren war eine Verpachtung an die übrig gebliebenen Betriebe noch möglich. Später übernahm die Bewirtschaftung einer im

Westlichen Wienerwald gelegener Rindermastbetrieb. Dieser hat inzwischen auch bessere Flächen. Später waren noch Pferdehalter aus dem Wienerwald interessiert. Durch die Heubörse im Wienerwald gibt es mittlerweile einerseits kein Interesse mehr an diesen Futterflächen, andererseits können durch die horrenden Verschmutzung mit Hundekot die Flächen nicht mehr für Futterzwecke verwendet werden. Das Ergebnis ist keine Nutzbarkeit auf Kosten des Besitzers. Es wurde versucht ins ÖPUL (Österreichisches Umweltprogramm für Landwirtschaft) einzusteigen, aber die Voraussetzung einer mindestens einmal jährlichen Mahd konnte nicht gewährt werden. Aus allen diesen Gründen verwahten die Flächen jetzt. Das Problem liegt darin, dass die beiden Kontrahenten, einerseits die Grundbesitzer bzw. ehemaligen Landwirte und auf der anderen Seite die Gemeinde nicht aufeinander zugehen. Die Grundbesitzer hegen ein gewisses Misstrauen gegenüber der „Roten Gemeinde“. Es wird unterstellt, dass die Gemeinde die Tendenz hat, sich Grünland billig anzueignen und später teuer als Bauland zu verkaufen. Solche Fälle sind tatsächlich vorgekommen. Das erzeugt natürlich ein intensives Misstrauen. Umgekehrt gibt es auch, obwohl die Fläche mit ihrer Größe für die Stadt durchaus eine Rolle spielt, keinerlei Zuehen seitens der Bezirksvertretung oder der Gemeinde. Faktum ist, dass diese Flächen ja der Öffentlichkeit als private Flächen in öffentlicher Nutzung kostenlos zur Verfügung stehen. Auch die Landwirtschaftskammer zeigt wenig Interesse, sich in dieser Sache zu engagieren. Ein zusätzliches Problem gibt es mit einem Teich auf dem Grundstück. Die Besitzer werden dafür noch haftbar gemacht. Neuerdings gibt es ein verstärktes Interesse an Selbsternteflächen. Vor drei Jahren begann ein Pächter mit einer relativ kleinen Fläche von einem halben Hektar. Durch das enorme Interesse hat sich die Fläche mittlerweile verdreifacht. Somit ergibt sich hier eine neue agrarische Nutzungsform.

**Greif:** Ich beobachte seit langer Zeit diese sgn. „periurbane Landwirtschaft“. Es gab dazu bereits vor etwa 25 Jahren eine sehr interessante Arbeitsgruppe bei der OECD zur Formulierung politischer Ziele für Stadt-Landwirtschaft und Stadtumland-Landwirtschaft. Das Spannungsfeld zwischen den Landwirten und Institutionen ist ein sehr interessantes und wesentliches Untersuchungsfeld. Es fällt auf, dass in der letzten Zeit sich viele Fachdisziplinen in der Selbstsicht und Fremdsicht kontrollieren wollen. Die Geographen haben dies z.B. im „Standort“, der Zeitschrift für Angewandte Geographie in Deutschland, durchgeführt. Es gibt nicht nur den Unterschied zwischen Selbstbild (positiv) und Fremdbild (auch positiv), sondern auch ein antizipierendes Fremdbild, nämlich was z.B. die facheigenen Kollegen von der Wirkung ihres Tuns in der Öffentlichkeit halten. Es wäre schön, wenn Sie den thematischen Ausgangspunkt ihrer Arbeit etwas näher konkretisieren könnten, denn Kommunikation und Interaktion verlangen auch die Frage „über was?“. Stadtländwirtschaft in Wien umfasst ein sehr weites Gebiet von Land- und Forstwirtschaft, Grünland mit keiner oder wenig Nutzung, aber auch intensive Nutzungen mit vielen Verbindungen zu anderen Wirtschaftsbereichen. Man denke z.B. an den Tourismus mit der Heurigenkultur. Der Marktfruchtbau im Osten der Stadt wird immer mehr von der Stadtentwicklung verdrängt. Der Erwerbsgartenbau hat für die Stadtländwirtschaft eine große Bedeutung und kann von der Nähe des Marktes unmittelbar profitieren. Es gibt also sehr unterschiedliche Strukturen. Die Ebene der Kommunikation ist dabei wieder etwas völlig anderes. Das Versorgungsziel der Stadt ist ein Punkt. Die Stadt Wien hat Jahre lang Werbung mit dem Slogan betrieben, dass 80% des Frischgemüses aus stadteigenen Flächen kommen. Dies trifft die Wirklichkeit überhaupt nicht mehr, denn von den 800 bis 1000 Erwerbsgärtnern im Jahr 1960 blieben heute vielleicht 200 bis 300 übrig. Die Erwerbsgärtner mussten sukzessive aus der städtischen Verdichtung wandern. Auf der anderen Seite sucht die landwirtschaftliche Betriebsführung Ökonomisierungsmöglichkeiten und Marktnähe. Die Stadtentwicklung hat nicht nur Planungsziele sondern auch die Aussicht auf Widmungsgewinne und Ablösen. In der Gründerzeit der Stadt konnten Landwirte durchaus große Spekulationsgewinne lukrieren, was u.a. auch zu den katastrophalen Wohnverhältnissen in den Gemeindebauten führte. Ein weiterer Punkt ist natürlich auch die aktive Freiflächenplanung durch die Stadt selber. Alle diese verschiedenen Aspekte haben eine unterschiedliche Richtung in der Zielsetzung, Interaktion und Kommunikation.

**Zapotoczky:** Wie grenzen Sie die stadtnahen landwirtschaftlichen Betriebe vom Rest der landwirtschaftlichen Betriebe ab und welche Abgrenzungsprobleme gibt es dabei? Nach welchen Modellen wurden die Selbst- und Fremdeinschätzung vorgenommen? Es gibt vielleicht auch diffuse Selbsteinschätzungen, wo die Menschen gar nicht in der Lage sind, sich selber einzuschätzen oder überhaupt ambivalent agieren. Dabei kann einmal das eine oder das andere überwiegen. Es stellt sich auch die Frage, wie man mit unterschiedlichen Fremdeinschätzungen umgeht, die dann noch dazu von

der Selbsteinschätzung unterschiedlich sind. Konnten sie dabei Koalitionen, d.h. z.B. eher mit der Landwirtschaftskammer bzw. eher mit der Planung\* oder einmal mit diesem oder jenem je nach Vorteil, entdecken?

**Amann:** Für die physische Abgrenzung wurde die Stadtgrenze Wien hergenommen, denn dies hat der Auftraggeber vorgegeben. In Hinblick auf die Selbsteinschätzungen wurde versucht, zunächst einmal die manifeste Selbsteinschätzung zu dokumentieren. Zum Umgang mit unterschiedlichen Fremdeinschätzungen ergibt sich die Notwendigkeit nach weiteren Folgeaktivitäten. Es wurde auch versucht, sehr generell zu bleiben. Die Situation für konkrete Betriebe oder Projekte wurde bewusst nicht berücksichtigt. Das bedingt natürlich auch einen gewissen Schärfeverlust. Spezielle landwirtschaftliche Sektoren, wie Ackerbau oder Gartenbau, wurden zwar mitgedacht aber nicht im Besonderen analysiert.

**Götl:** Haben die Landwirte bzw. Erwerbsgärtner gerne an den Interviews teilgenommen? Wie viele wurden befragt und wie wurden sie ausgewählt?

**Gindl:** In der qualitativen Sozialforschung ist die Frage der Quantität bzw. der Anzahl der Interviews bzw. der Gespräche keine zentrale. Dass jemand ungern Interviews gibt, haben wir nicht erlebt. LandwirtInnen und Menschen aus Fachabteilungen mit unterschiedlichsten Funktionen auf unterschiedlichsten Ebenen gaben bereitwillig Auskunft. Im Gegenteil, in der Regel schätzen die Menschen die Möglichkeit über sich zu sprechen. Die größte Bereitwilligkeit zu sprechen und die besten Rückschlüsse erzielten wir mit relativ offenen Interviews ohne große Fragekataloge, wobei auf die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen großer Wert gelegt wurde.

**Langthaler:** Als Historiker bin ich immer sehr beeindruckt, in welcher expliziter Weise soziologisch inspirierte Arbeiten ihre Begrifflichkeiten darlegen. Wir Historiker sind da meistens etwas schlampiger, das sage ich nicht ironisch, sondern durchaus selbstkritisch. Ich habe allerdings ein Problem mit einer Begrifflichkeit, die Sie verwendet haben, nämlich dem Gegensatz zwischen traditioneller und ökonomischer Logik von LandwirtInnen, d.h. traditionelle Logik, in dem Sinn, dass sie an Grund und Boden festhalten und ökonomischer Logik, in dem Sinn, dass sie Grund und Boden als handelbare Ware betrachten. Da steht nämlich ein spezielles Verständnis von Ökonomie als marktwirtschaftlicher Profitlogik dahinter. Man könnte auch sagen, die traditionelle Logik ist eine ökonomische Logik allerdings mit ganz anderen Prämissen und Zielsetzungen, die etwa das Ziel der Risikominimierung in den Vordergrund stehen lässt. Ein zweiter kritischer Einwand zu diesem Gegensatz ist, dass auch die sog. „traditionelle Logik“, wenn man diese in der historischen Entwicklung betrachtet, gar nicht so traditionell ist, wie man meinen könnte. Aus eigenen Untersuchungen fand ich heraus, dass das Festhalten an Grund und Boden ist etwas, das sich im Laufe der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreitet hat. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert hat das in diesem Ausmaß noch gar nicht stattgefunden. Diese Entwicklung muss im Zusammenhang mit staatlichen Politiken gesehen werden.

Im zweiten Teil der Sitzung stellte **Behr** Ergebnisse seiner Diplomarbeit „Was hat Gemüse mit Migration zu tun?“ vor. Dieser Titel soll zunächst zum Nachdenken über das Thema landwirtschaftlicher Migration anregen. Es stellt sich zuerst die Frage nach den Anlässen, ein solches Thema zu behandeln. Die österreichische Landwirtschaft wird intensiviert. In Obst- und Gemüsebau hat diese Intensivierung zur Folge, dass vermehrt Fremdarbeitskräfte eingesetzt werden. Das Forschungsgebiet war das Niederösterreichische Marchfeld, ein Gebiet mit intensivem Anbau von Spargel und Erdbeeren, welcher praktisch in allen Fällen den massiven Einsatz von MigrantInnen vorzüglich aus Osteuropa voraussetzt. Ein Vertreter einer Landwirtschaftskammer dieser Region fasste in einem Interview diese Situation sehr prägnant folgendermaßen zusammen: „Man muss auf den Betrieben immer besser, immer schlagkräftiger werden, man muss die Arbeit besser organisieren, man muss immer mehr Kosten sparen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Nur die Bestorganisierten kommen durch. Früher war der Markt geschützt. Da ist alles ein bisschen gemüthlicher herunter gelaufen. Jetzt ist die ganze Lebensmittelindustrie unter enormen Druck. Man habe mit der weltweiten Konkurrenz zu kämpfen.“ Ein weiteres sehr prägnantes Zitat aus diesem Interview lautete: „Es weiß kein Mensch, wo ein Ende ist, aber irgend einmal muss einmal ein Ende sein.“ Dies sagte ein Vertreter der Landwirtschaftskammer. Die Studie wurde 2001 begonnen, zu einem Zeitpunkt, als der Erntehelferstatus von der Regierung gerade gesetzlich eingeführt wurde. Im Schwarz-Blauen Kursbuch werden diese neuen Pläne der MigrantInnenbeschäftigung bereits im Jahr



2000 folgendermaßen angedeutet: „Tourismus und Landwirtschaft werden verstärkt auf Saisonarbeiter zurückgreifen können, die sich bis maximal sechs Monate ohne Nachzugsrecht der Familien aufhalten können. Die Möglichkeiten als kurzfristige Saisonarbeitnehmer, Erntehelfer zu arbeiten, sind positiv zu sehen, allerdings nur unter dem Einsatz von Maßnahmen gegen Scheinehen, Scheinadoptionen, Scheinstudien und Scheintätigkeiten. Im Juni 2000 wird dieses Vorhaben konkretisiert, als sich die beiden Koalitionsparteien verständigten im Fremden-gesetz, einen eigenen Erntehelferstatus zu normieren. „Künftig kann der Wirtschaftsminister im Fall eines kurzfristig auftretenden oder eines vorübergehenden zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs, der von Österreichern bzw. in Österreich niedergelassenen Ausländern nicht gedeckt werden kann, per Verordnung Kontingente für die Beschäftigung ausländischer Erntehelfer festlegen. Diese dürfen dann maximal sechs Wochen in Österreich arbeiten (zitiert nach Parlamentskorrespondenz Juni 2000).“ Dieser neue Status wurde von den LandwirtInnen 2001 zum ersten Mal in Anspruch genommen. Ein weiterer Anlass für eine Studie über Landwirtschaft und Migration waren die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern mit demselben Thema. Es sei dabei hingewiesen auf Provinz Almería in Südspanien, wo auf 35.000 Hektar Plastikgewächshäusern MigrantInnen v.a. aus Marokko und Ländern der Subsahara arbeiten, welche ihrerseits aber immer mehr ersetzt werden durch ArbeiterInnen aus Polen und den baltischen Staaten. Nachdem es im Februar 2000 dort zu rassistischen Gewalttaten gekommen ist, zu regelrechten Pogrome gegen die MigrantInnen versucht man dort diese Arbeitnehmerschaft durch noch billigere Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Ländern zu ersetzen. Ein weiteres Beispiel sind die Niederlande, wo „hors saison“ und „hors sol“ Gemüse außerhalb der Saison auf künstlichen Substraten produziert wird. Im sgn. Westland, d.h. dem Dreieck zwischen Nordseeküste, Den Haag und Rotterdam gibt 12.200 Hektar beheizte Glashäuser. 80% der dortigen Produktion werden exportiert, viele MigrantInnen sind dort illegalisiert. Man kann sagen, dass ein Drittel aller „Sans Papiers“ in Holland im intensiven Gemüsebau beschäftigt sind. Diese Erfahrungen in den einzelnen europäischen Ländern wurden von MigrantInneninitiativen, von bäuerlichen Gewerkschaften und von WissenschaftlerInnen aufgearbeitet. Es gab zu diesem Thema auch Arbeitstreffen, um einen besseren Überblick über diese sehr prekäre Situation zu gewinnen und um diese eigentlich skandalösen Vorfälle zu denunzieren. Dies war der Anlass für eine Studie zu den Arbeitsbedingungen in diesem Produktionssektor in Österreich. Da es sich dabei nur um eine Diplomarbeit handelte und der Rahmen sehr begrenzt war, wurde das Marchfeld, als ein Gebiet sehr intensiver landwirtschaftlicher Produktion ausgewählt. Von den fast 1.000 km<sup>2</sup> im Marchfeld werden 680 km<sup>2</sup> landwirtschaftlich, v.a. ackerbaulich genutzt. Auf den Böden, die eine hohe Bonität aufweisen, werden Getreide, Zuckerrüben, Kartoffel, Mais, aber auch in den letzten Jahren zunehmend Gemüse und Spezialkulturen produziert. Gerade beim Spargel fand eine augenfällige Spezialisierung statt. Die gesamte Inlandsproduktion 2001 betrug 2.027 Tonnen, die Produktionsmenge im Marchfeld im selben Jahr war 1.400 Tonnen, d.h. 70% der österreichischen Spargelproduktion findet im Marchfeld statt. Weiters kann man konstatieren, dass 70% der in Niederösterreich erteilten Beschäftigungsbewilligungen für Saisoniers und ErntehelferInnen wiederum an das Marchfeld ergehen, d.h. das Marchfeld zeichnet sich durch eine hohe Konzentration landwirtschaftlicher MigrantInnen aus.

Im Rahmen der Untersuchung wurden sieben Hofbeispiele exemplarisch analysiert. Eine Grundannahme lautete, dass es verschiedene Arten des Umgangs mit der Beschäftigung von Saisoniers bzw. ErntehelferInnen gibt. Auf der einen Seite gibt es „bäuerliche Betriebe“ mit Mischkulturen, welche nur in geringem Ausmaß auf Fremdarbeitskräfte zurückgreifen, daneben aber auch sehr intensive Betriebe mit 300 bis 500 Beschäftigten während der Ernte.

*Die Arbeitsthesen der Untersuchung lauteten folgendermaßen:*

- Erste These: „Die österreichische Immigrationspolitik ist auf die Interessen der Wirtschaft zugeschnitten. Die Höhe der Kontingente für Saisoniers und ErntehelferInnen ist konjunkturabhängig. Der erhöhte Wettbewerbsdruck, der durch europäische und globale Integration und durch die Liberalisierung bisher geschützter Bereiche auf die österreichische Wirtschaft wirkt, hat in den Neunziger Jahren stark zugenommen. Er macht seither Anpassungen der Beschäftigung an konjunkturelle und strukturelle Veränderungen für die Unternehmen dringlicher als früher.“

Dazu heißt es in einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) **[Bitte Quelle angeben!]** in Wien, dass „die ImmigrantInnen aus wirtschaftlicher Sicht des Aufnahmelandes notwendig oder

wünschenswert erscheinen, um die Leistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft und des Humankapitals zur Wahrnehmung von Wachstumspotentialen kurz oder längerfristig auszuweiten“. Um die Situation zu verdeutlichen, sollen zusätzlich einige prägnante Wortmeldungen aus den Erhebungen im Marchfeld wiedergegeben werden. Ein „Agrarunternehmer“ – die meisten Leiter großer Betriebe sehen sich dort als „Unternehmer“ und nicht nur als Bauer bzw. Bäuerinnen – meinte etwa: „Ohne den Einsatz ausländischer Saisoniers könnte ich zusperrern. Die gesamte heimische Gemüseproduktion würde ohne Erntehelfer gar nicht existieren“. Ein Landwirtschaftskammervorteiler aus dem Marchfeld sieht es folgendermaßen. ÖsterreicherInnen „wollen dort nicht mehr arbeiten, weil im Marchfeld ist es entweder staubig oder gatschig (Anm: ‚schlammig‘), es regnet oder es brennt die Sonne herunter, in den Hallen bei den Absackmaschinen ist es oft kalt, staubig, schmutzig, laut etc. Weiters ist die Bezahlung nach dem Kollektivvertrag ist nicht besonders.“ Es muss dazu angemerkt werden, dass die Bezahlung dieser Fremdarbeitskräfte in den seltensten Fällen nach Kollektivvertrag erfolgt, sondern zumeist im Akkord nach geernteter Menge.

- Zweite These: „Saisoniers und ErntehelferInnen aus den nahen sgn. Beitrittsländern (MOEL Staaten) werden aufgrund des Lohngefälles tendenziell durch ArbeiterInnen aus ferneren osteuropäischen Ländern wie z.B. Ukraine, Belarus und den baltischen Ländern ersetzt.“

Ein Agrarunternehmer aus der Region schildert dies sehr plakativ indem er sagt: „Tschechen sind beispielsweise schon anspruchsvoller was die Arbeitsbedingungen betrifft. Die kann ich vielleicht als Traktorfahrer einsetzen, aber nicht für die Arbeit am Feld.“ Dieser Unternehmer setzte in der Saison 2002 erstmals ukrainische Erntehelfer ein. Aus einem anderen Betrieb berichtet der Agrarunternehmer, dass die rumänischen ArbeiterInnen „nicht mehr die selbe Motivation wie vor fünf oder sechs Jahren“ hätten. Der Agrarunternehmer führt das darauf zurück, dass die Visumpflicht für RumänInnen abgeschafft worden ist. Jetzt können sie auch in anderen Bereichen der Wirtschaft arbeiten, daher sind sie nicht mehr genug motiviert, auf den Erdbeer- und Spargelfeldern zu arbeiten.

- Dritte These: „Zwischen bäuerlichen und industriellen Betrieben bestehen wesentliche qualitative Unterschiede bzgl. der Organisation der Erntearbeit. Das betrifft den Einsatz von VorarbeiterInnen, d.h. von Aufsichtspersonen auf den Feldern, Akkordarbeit, Unterbringung und Verpflegung.“

Eine Bäuerin aus einem kleineren Mischbetrieb meinte in einem Interview dazu: „wir sind uns nicht zu schade für niedrige Arbeiten“. D.h. hier findet die Arbeit am Feld gemeinsam statt, die Anzahl der beschäftigten fünf bis zehn Personen ist überschaubar, die Mahlzeiten werden gemeinsam eingenommen und die Arbeitsverhältnisse sind verhandelbar. Beim industriellen Modell gibt es Feldaufseher, Akkordarbeit, hierarchisierte Gruppen und maschinelle Registrierung. In einem Betrieb gibt es sogar ein Chipkartensystem, mit welchem festgestellt werden kann, wie viel ein/e ArbeiterIn pro Tag pflückt. Die persönliche Distanz und die ethnische Segmentierung nehmen zu, Verpflegung und Quartier sind oft mangelhaft. Die Vermarktung ist ebenfalls anders. Es gibt oft Internetvermarktung und die Großverteiler spielen eine viel größere Rolle. Supermarktketten bestellen oft direkt, weshalb auch flexiblere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen müssen.

*Behr* kommt aus der Landschaftsplanung, weshalb in seiner Arbeitsweise die indizienwissenschaftliche Theorie und Methodik eine gewisse Rolle spielt [Bitte Quelle anführen!]. Er geht davon aus, dass Spuren, Symptome und Indizien Bedeutungsträger und somit aufschlussreich für den Forschungsgegenstand sind. Beim Spuren- und Indizien-Lesen werden Gegenstände der physisch-materiellen Ebene zu Signifikanten, die etwas bedeuten, was auf einer anderen, sozialen Ebene liegt. Im konkreten wurden die Höfe zunächst einmal vor Ort besichtigt. Dabei wurde nach Indizien für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der MigrantInnen gesucht ohne bereits Fragen zu stellen. Die BetriebsleiterInnen waren sehr oft gar nicht bereit Auskünfte zu erteilen, da sie um die prekäre Situation der MigrantInnen Bescheid wussten. Gerade die Akkordarbeit gaben die meisten zunächst nicht zu, bis sich herausstellte, was Praxis ist. Daneben wurden aber auch Interviews mit einem Gesprächsleitfaden durchgeführt. Neben BetriebsleiterInnen und MigrantInnen wurden auch mit Vertretern der Bezirksbauernkammern, der Landarbeiterkammer, dem Arbeitgeberverband, dem Arbeitsmarktservice (AMS) sowie mit ImmigrantInneninitiativen in Wien und im Weinviertel Gespräche geführt. In einer weiteren Ebene kam es in Bezug auf die Arbeitsweise auch zu einer Reflexion des politischen Diskurses über Arbeitsmigration in der Landwirtschaft anhand von

Literaturstudium, Fachtexten und Internetrecherchen. Außerdem gab es mehrere europäische Arbeitstreffen zum Thema Landwirtschaft und Migration. Die eingangs berichteten Ergebnisse stammen teilweise aus Holland, Spanien, Frankreich, Schweiz, Deutschland etc. In mehreren Arbeitstreffen wurden Ergebnisse zusammengetragen und diskutiert. Dabei wurde auch versucht, strukturelle Ähnlichkeiten in den verschiedenen Ländern v.a. in der Gesetzgebung herauszufinden.

Bei den Hofaufnahmen ließen sich drei Haupttypen von Betrieben feststellen:

- 1) Bäuerlicher Betrieb mit Anbau von Sonderkulturen
- 2) Betrieb mit Spezialisierung auf intensiven Anbau von Spargel und Erdbeeren
- 3) Betrieb nachgelagerter industrieller Verarbeitung

Als Beispiel eines bäuerlichen Betriebs im Marchfeld werden auf vier Hektar sehr viele Gemüsesorten angebaut, von Gurken über Kürbissen und Erdbeeren, bis Salat, Paprika, Tomaten, Pfefferoni und Melonen. Die Bearbeitung von vier Hektar ist mit zehn bis 15 ErntehelferInnen in der Erntesaison zu bewerkstelligen. Die soziale und ökonomische Organisation schaut so aus, dass die Bäuerin, ihre zwei Töchter, ihr Sohn und zeitweise die Partner der Töchter dort arbeiten. Alle beteiligen sich auch an der Feldarbeit. Die Produktion entspricht einerseits noch den Subsistenzbedürfnissen und ist andererseits auf den regionalen Markt ausgerichtet. Auf dem Hof wird auch eine Selbsternte organisiert. Die Leute nehmen sich das Gemüse selber und werfen das Geld in eine Kasse. Die Leute auf dem Hof meinen, dass dies ganz gut funktioniert. Außerdem werden zwei Gastronomiebetriebe und eine Greisslerei direkt beliefert. Erdbeeren und Gurken werden zum Teil zu Marmelade bzw. Einlegegurken verarbeitet. Der Bezug zu den MigrantInnen ist ein sehr persönlicher. Das Mittagessen wird am gemeinsamen Familientisch eingenommen. Die Rückzugsbereiche von ErntehelferInnen einerseits und HofeigentümerInnen andererseits sind getrennt, aber auf derselben Parzelle. In Hinblick auf die ökonomische Organisation dieses Hofes wurden bis 1994 ausschließlich Gurken für den „Felix-Konzern“ in Lasseo produziert. Damals wurden 39 ArbeiterInnen aus der Slowakei angesetzt. Es wurde sogar ein Österreicher mit Slowakischkenntnissen als Feldaufseher beschäftigt. 1994 wurde dieses Werk geschlossen. Bemerkenswert ist, dass heute diese Familie auf ein Hektar Gurken produziert, diese Gurken am Betrieb selbst veredelt und direkt vermarktet. Sie kommt dabei auf denselben Umsatz wie vorher auf vier Hektar. Der Unterschied bei gleicher Gewinnspanne ist der, dass viel weniger ErntehelferInnen benötigt werden. Die Gruppe hatte vorher einen Feldaufseher und war stark hierarchisiert. *Behr* möchte damit kein Plädoyer gegen die Migration per se ablegen. Als wesentlich erscheinen ihm die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen, die nach Österreich kommen. Diese sollte man nicht als reine Arbeitskräfte sehen. Es müssten für die MigrantInnen dieselben Sozialstandards gelten wie für die österreichische Arbeitnehmerschaft.

Auf dem Betrieb mit Spezialisierung auf intensiven Spargel- und Erdbeeranbau werden 20 Hektar Spargelkultur und 24 Hektar Erdbeerkulturen angebaut. Beschäftigt werden 200 MigrantInnen aus Polen und Kroatien. Untergebracht werden diese ErntehelferInnen, v.a. die ErdbeerpflückerInnen, in Wohncontainern, von denen 16 auf dem ehemaligen „Hintausacker“ hinter der Parzelle aufgestellt sind. Diese Wohncontainer haben 6 mal 2,5 Meter Grundfläche und sind 3 Meter hoch. Es befinden sich in diesen Wohncontainern drei Stockbetten für insgesamt sechs ArbeiterInnen. Rechtlich ist dies alles abgesichert. Es wird u.a. vorgeschrieben, wie viel Kubikmeter Luftraum etwa für einen Arbeiter zur Verfügung stehen müssen. Die beiden InhaberInnen dieses „Unternehmens“ übernehmen nur mehr die Koordination des Betriebs und die Kontrolle der ErntearbeiterInnen. Sie gehen selber kaum mehr aufs Feld. Das einzige, was sie noch selber tun, ist das Düngerstreuen im Februar. Ansonsten spielt sich ihre Arbeit im Büro ab. Die Spargelgruppe besteht aus 25 StecherInnen und zehn Leuten in der Verarbeitungshalle. Diese Gruppe kommt Mitte April und arbeitet bis Mitte oder Ende Juni. Die Erdbeergruppe setzt sich aus mindestens 120 Personen zusammen und bleibt vom 10. Mai bis 20. Juni. Auf einer elektronischen Waage wird errechnet wie viel Kilo Spargel bzw. Erdbeeren ein/e ArbeiterIn pro Tag erntet. Durch Akkordzuschlag wird „eine Selektion“ organisiert, d.h. wer nicht genug arbeitet, riskiert, den Arbeitsplatz zu verlieren. Morgens werden die Leute mit Bussen und LKWs aufs Feld gebracht und nach der Arbeit wieder abgeholt. Sechs enge Mitarbeiter (fünf Polen und ein Kroat) haben die Aufgabe als Feldaufseher, Kontrolleure und Fahrer. Sie sind privilegiert was die Unterkunft betrifft, d.h. sie wohnen auf der Parzelle in eigenen Wohnungen. Sie arbeiten nicht nach Akkord und sie haben Mobiltelefone zur Verfügung um die verschiedenen Gruppen von ErntearbeiterInnen zu

koordinieren. Der Betriebsinhaber plant mit seinen sechs engen Mitarbeitern ein psychologisches Seminar, um die Koordination und Effizienz der Gruppe zu perfektionieren. Die Vermarktung erfolgt über drei Straßenstände, einer Internet-Homepage, Telefonmarketing (es wird eine Sekretärin am Hof beschäftigt) sowie direkt an die Gastronomie. Dazu wird auch mit einer Firma Versandlogistik zusammengearbeitet. Billa und an den Inzersdorfer Großmarkt sind weitere wichtige Abnehmer.

Beim Betrieb mit nachgelagerter industrieller Verarbeitung handelt es sich um Produktion und Handel von Speise- und Futterkarotten. Die hofeigenen Flächen umfassen 30 Hektar Karotten. 1990 wurde dieser Betrieb als Gewerbebetrieb, d.h. als Handels-GesmbH registriert. Der Betrieb kauft mittlerweile von 25 Betrieben in der Region noch Karotten zu. 600 Tonnen Speisekarotten, sowohl konventionelle als auch Biokarotten, werden pro Monat an die Supermarktketten Billa und Hofer vertrieben. Das Sortieren und Waschen der Karotten übernehmen 15 in Österreich lebende KroatInnen. Es findet keine Produktion am eigentlichen landwirtschaftlichen Hof mehr statt, die gesamte Produktion ist in ein großes Fabrikgebäude, welches auf dem ehemaligen „Hintausacker“ steht, ausgelagert. Diese Fabrikhalle ist mit einem Transportweg für Lebensmittelfrachter und Traktoren erschlossen. Die Fahrbahn ist entsprechend breit und asphaltiert. Dies ist ein Ergebnis der Indizienwissenschaft, wo man beobachtet, für welche Produktion dieser Raum vorgesehen ist. In der Fabrikhalle findet Fließbandarbeit statt. Die ArbeiterInnen sortieren und waschen die Karotten. Im Obergeschoß der Fabrikhalle befinden sich Arbeiterwohnungen. Jede Wohnung hat ein Zimmer, eine Küche, ein Bad und ein WC. Der Unternehmer hat einen Schlüssel zu diesen Wohnungen und somit jederzeit Zutritt. Die Wohnungen werden gratis zur Verfügung gestellt. Die Fabrikhalle ist Arbeitsort für 15 Leute, sieben der ArbeiterInnen wohnen mit ihren (insgesamt vier) Kindern. Die Saison dauert von Ende Juni bis Mitte Mai. Für sechs Wochen gibt es einen zwangsläufigen Urlaub. Dadurch dass an die beiden Supermarktketten Billa und Hofer vermarktet wird, hängt die Arbeitszeit der MigrantInnen sehr stark von der Auftragslage ab. Ist die Nachfrage der Supermarktketten groß, kann die Arbeitszeit an den Sortiermaschinen schon bis 20 oder 21 Uhr oder noch länger dauern. Mittwoch und Donnerstag ist die Nachfrage meistens am größten und der Arbeitstag dauert dann erfahrungsgemäß auch am längsten. Es wurde ein Gespräch mit einem dort lebenden MigrantInnen geführt. Einige von ihnen haben bereits die österreichische Staatsbürgerschaft. Die Leute kamen 1984 aus der Region der Stadt Brčko in Bosnien, sie waren alle Geschwister, nahe Verwandte oder Freunde. Dieser Migrant schildert die Lebensbedingungen als sehr schwierig v.a. für die Kinder. Er selber hat ein kleines Kind. Die Situation ist sehr paradox. Obwohl sie am Land leben, ist ihre Situation sehr ähnlich wie in einer Stadt. Sie leben quasi in einem Geschoßwohnungsbau in kleinen Wohnungen. Das Außenhaus und die Fabrikhalle sind auf die Bedürfnisse der Produktion zugeschnitten. Es schildert die Arbeit im Winter in den staubigen, lauten Hallen als sehr monoton. Das stundenlange Stehen am gleichen Fleck und das Arbeiten im kalten Wasser erzeugen chronische körperliche Beschwerden. Heute werden die ArbeiterInnen nach Kollektivvertrag bezahlt, dieser beträgt etwa 1.000 Euro pro Monat. Vor 1990 gab es große Schwierigkeiten mit der Entlohnung und auch mit der Auszahlung des Kranken- und Urlaubsgeldes usw. Es ist kein Einzelfall, dass gerade kurzfristige Saisoniers auf diese Sozialleistungen nicht zurückgreifen können. Eine These dazu lautet auch, dass die ausländischen Saisoniers und ErntehelferInnen für das österreichische Sozialsystem praktisch keine Kosten verursachen, da sie keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Der interviewte Migrant kommentierte auch die Situation in den Erdbeerbetrieben. Im Ort befinden sich auch einige große Erdbeerbetriebe. Er selbst hat einmal zwei Tage dort gearbeitet. Er meinte, dies sei auf die Dauer nicht durchzuhalten. Selbst verglichen mit seiner Arbeit, der Arbeit des Karottensortierens, ist die Erdbeerernte eine sehr schwere Arbeit. Der Betriebsinhaber meinte wiederum zu diesem Thema, dass seine ArbeiterInnen schon „verwöhnt“ sind, weil „sie den ÖsterreicherInnen schon fast gleichgestellt sind.“ Im Ort gibt es zu Spitzenzeiten bis zu 2.000 ArbeitsmigrantInnen bei 200 bis 300 EinwohnerInnen, d.h. die Zahl der MigrantInnen übersteigt die Zahl der EinwohnerInnen um ein Vielfaches. Trotzdem bewegen sich laut Aussage der BetriebsinhaberInnen die ArbeitsmigrantInnen kaum im öffentlichen Raum. In der Kirche gibt es manchmal kroatische und polnische Messen, abends sitzen die ArbeiterInnen bei den Baucontainern hinter den Hofparzellen zusammen.

Zum Kontext Migration und Anwerbung lässt sich sagen, dass Zwischenfirmen bei der Vermittlung der SaisonarbeiterInnen in der Regel die Abhängigkeit der ArbeiterInnen von autoritären Strukturen erhöhen. Gerade in letzter Zeit melden sich sgn. „Saisonarbeiter-Vermittlungsagenturen“ verstärkt per e-Mail oder Post bei den Marchfeldbetrieben mit Anwerbungsbriefen. Eine Firma aus der Ukraine z.B.

organisiert einen Stab an ArbeiterInnen, kümmert sich um deren Papiere, um die Anmeldung, Anreise, um den Deutschunterricht usw. Ein darauf angesprochener Vertreter der Landwirtschaftskammer meinte dazu, dass es sich dabei um eine rechtliche Grauzone zwischen selbständig und unselbständig, legal und illegal handle. Diese Praxis wird aber toleriert. Laut Kommentar eines Unternehmers wird man in Zukunft verstärkt auf solche Angebote zurückgreifen. In dem genannten Anwerbungs schreiben aus der Ukraine heißt es wörtlich: „Im Auftrag gut geführter Landwirtschaftsbetriebe suchen wir gelernte Land- und Erntearbeiter, die ein Bild von neuen Kulturen, neue Beziehungen und neue Erkenntnisse nach Hause bringen möchten.“ Weiters heißt es dort in Bezug auf die Konkurrenzsituation: „Die neuen und frischen Saisonarbeitskräfte arbeiten immer schneller und fleißiger, deswegen werden sich ihre Leute bemühen, die bei Ihnen schon mehrere Jahre saisonmäßig beschäftigt sind, noch besser zu arbeiten, um den Arbeitsplatz in der nächsten Saison nicht zu verlieren.“ Dies entspricht auch dem Bild, dass die MigrantInnen aus den nahen osteuropäischen Ländern tendenziell ersetzt werden sollen, durch jene aus fernerer osteuropäischen Ländern, weil diese billiger und motivierter sind. Im dem Anwerbungs schreiben heißt es weiter, dass die Arbeitskräfte: „Arbeitswille, disziplinäre Verantwortlichkeit und persönliche Arbeitspflicht zeigen.“ Die Arbeitskräfte entsprechen menschlich den Anforderungen einer intensiven Produktion. „Sie sind fleißig und arbeitswillig, geduldig, ehrlich und höflich.“ Man kann auch von der These ausgehen, dass wenn sich Zwischenfirmen einschalten und die Saisoniers organisiert herbringen, auch die Möglichkeiten für eine gewerkschaftliche Organisation schwinden. Der Druck besteht dann von zwei Seiten, einerseits vom Betrieb und andererseits von der Vermittlungsfirma. Für die Vermittlung werden an die Vermittlungsfirmen oft auch hohe Summen bezahlt. Bei einem Betrieb meinte der Betriebsinhaber ganz unverblümt, dass er während der Zeit, wo sie dort arbeiten, die Pässe der MigrantInnen einzieht, um zu verhindern, dass diese anderen Beschäftigungen in Österreich nachgehen.

Bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation wurden u.a. Vertreter der Landarbeiterkammer besucht. Dabei musste festgestellt werden, dass diese wenig Bezug zu ihrer Klientel haben. Das einzige ist, dass sie ca. einmal im Monat eine Broschüre an die verschiedenen Betriebe auf Deutsch ausschicken. Oft erhalten die BetriebsinhaberInnen dann die Broschüren und diese wandern dann nicht selten in den Papiermüll. Außerdem gibt es in den seltensten Fällen die Möglichkeit, dass diese Information in Anspruch genommen wird, schon alleine wegen der Sprachbarriere. Ein Vertreter des Arbeitgeberverbands verweist auf die Landarbeiterkammer indem er meint, dass im Fall von Missständen sich die Beschäftigten doch an ihre Interessensvertretung wenden sollen. Man könne sich in Fällen von sozial- und arbeitsrechtlicher Diskriminierung, wie z.B. Bezahlung in Akkord, kein Lohn oder Entlassung im Krankheitsfall, schlechte Unterbringung usw. an diese Institutionen wenden. Die Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG) war schockiert zu hören, dass die Kollektivverträge in der Praxis nicht respektiert würden. Eine Mitarbeiterin des AMS in Gänserndorf sieht dies ähnlich. Sie teilte mit, dass ArbeiterInnen im Krankheitsfall in den meisten Fällen sofort entlassen würden und gleich das Land verließen. Es kommt eigentlich nicht vor, dass in Österreich Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.

Zurückkommend auf die These, dass es wesentliche qualitative Unterschiede gibt zwischen den bäuerlichen und industriellen Betrieben, kann man auch formulieren, dass einige bäuerliche BetriebsleiterInnen durch die Beschäftigung von MigrantInnen und die Kommunikation miteinander weltoffener geworden seien. Im Gegensatz dazu stellte sich heraus, dass v.a. in großen Betrieben tendenziell der Rassismus zunimmt, wenn die Gruppen sehr groß und hierarchisiert sind, wenn es den Zwang gibt, möglichst effektiv zu wirtschaften, weil Investitionen getätigt wurden, die amortisiert werden müssen. Daraus folgen dann Wortmeldungen wie: „gewisse Nationalitäten sind uns fremd“, man dürfe im Arbeitsverhältnis „nie zu locker und zu freundschaftlich werden“. Daraus ergeben sich gefährliche Situationen. Vorarbeiter und Feldaufseher sollen die Disziplin bei der Arbeit aufrechterhalten und eine Rebellion gegen den Chef verhindern. Ein Betriebsinhaber erklärte, dass ein Erntearbeiter versucht hätte, die anderen gegen ihn aufzuhetzen. Vorarbeiter und Feldaufseher sollen kleine, leichter kontrollierbare Gruppen organisieren. Auf einem Hof im Marchfeld werden z.B. den ArbeiterInnen in den Betriebshallen auch über Megafon Anweisungen erteilt. Dort sind bis zu 500 Leute beschäftigt. Ein Betriebsinhaber erklärte: „die sind im Denken ganz anders als wir, die hätten keinen richtigen Leitfußgedanken, so wie wir ihn haben.“ „Serben und Serbinnen haben eine ganz andere Mentalität, den Rumänen sitzt das Messer sehr locker.“ Zitat vom selben Betriebsinhaber:

„zwei Nationalitäten reichen uns schon, die Verständigung zwischen diesen beiden Gruppen untereinander ist schwierig genug.“ Zwischen den ArbeiterInnen dieser beiden Länder gäbe es oft Rangeleien um Einfluss am Betrieb.

Bezüglich der Akkordarbeit hat das weitere Konsequenzen. Man wolle von Seiten der BetriebsinhaberInnen die Tachinierer aussondern. Man muss aufpassen, dass keine grünen Erdbeeren gepflückt werden. Manche schafften mehr, manche weniger. Die, welche die körperliche Arbeit nicht gewöhnt sind, müssten dann eben den Betrieb verlassen, wenn sie nicht entsprechende Leistungen erbrächten. Es gibt dabei auch geschlechtsspezifische Merkmale. Ein Unternehmer erklärte, dass die Erdbeerernte speziell für Frauen geeignet wäre, die aus ländlichen Regionen stammen und zwischen 20 und 30 Jahre alt sind. Männer ab 40 oder 45 Jahre würden „abfallend effektiv“ arbeiten.

Für eine Verbesserung der Situation im Marchfeld und anderen landwirtschaftlichen Intensivregionen Europas erscheint eine Abkehr von der Wachstumslogik als notwendig. Die negativen Konsequenzen des Produktivismus im Obst- und Gemüsebau werden auf das letzte Glied in der Produktionskette, d.h. auf die LandarbeiterInnen, abgewälzt. Diese sind oft der einzige Kostenpunkt, bei dem man effektiv sparen kann, indem man die Löhne drückt, miserable Unterbringung, Verpflegung usw. zur Verfügung stellt. Eine weitere Forderung ist die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft mit einem anderen Umgang mit LandarbeiterInnen. Die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft ist zwar tendenziell etwas in sich Geschlossenen, wo Fremdes bzw. Fremde kaum Platz hat. Dennoch könnte bäuerliche Wirtschaften zumindest die strukturellen zur Verfügung stellen, um ein egalitäres Zusammenarbeiten zu erreichen. Sobald aber 200 bis 400 Personen auf dem Feld arbeiten, erscheint es zumindest aus Sicht der BetriebsinhaberInnen als notwendig, nach Akkord zu entlohnen, Vorarbeiter einzusetzen und die Gruppe zu hierarchisieren. Es müsste weiters eine konsequente Kontrolle der Betriebe geschehen, v.a. bzgl. der Unterbringung, Entlohnung und Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die österreichischen Standards. Gerade bei der Einführung des ErntehelferInnenstatus konnte man beobachten, dass hier zum ersten Mal das Prinzip der Vollversicherung aufgehoben und ein prekärerer Status als für inländische ArbeitnehmerInnen geschaffen wurde. Dasselbe Phänomen kann man auch in anderen europäischen Ländern beobachten. Das System der Ausbeutung rückt von der Illegalität in den rechtlichen Raum. In Österreich herrschte in den Achtziger Jahren in der Landwirtschaft Schwarzarbeit vor. Jetzt versucht man einen legalen Status zu schaffen, um die Schwarzarbeit zu beseitigen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen werden dadurch aber effektiv nicht besser. Die Möglichkeiten zu einer gewerkschaftlichen Organisation müssten gegeben sein, Informationen müssten nicht nur auf Deutsch bereitgestellt werden. Außerdem wäre es Aufgabe, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung der KonsumentInnen zu leisten. In der Schweiz wurde beispielsweise ein Boykott von Produkten aus *El Ejido* organisiert, d.h. aus der Intensivregion in Spanien, wo es zu diesen gewalttätigen Ausschreitungen kam. *Behr* schließt mit einem Zitat von *Naomi Klein*: „Es geht um die Erkenntnis, dass jedes Teilstück unserer Hochglanz-Konsumkultur irgendwoher kommt.“

**Pevetz:** Wieweit waren Sie in der Lage einen Überblick über die Struktur dieser ausländischen Arbeitskräfte zu gewinnen, wie z.B. nach dem Geschlecht, der Hauptherkunftsgebiete, wie viele schon zum zweiten oder dritten Mal hier sind usw.?

**Behr:** Dazu gibt es Unterlagen und Statistiken vom AMS und vom Arbeitgeberverband für Land- und Forstwirtschaftliche Betriebe. Im Moment kommen die ErntearbeiterInnen für das Marchfeld noch überwiegend aus der Slowakei und Polen, tendenziell werden sie seit den letzten Jahren aber von jenen aus der Ukraine abgelöst. In der Nachkriegszeit waren es v.a. die Frauen aus dem Dorf, die auf den größeren Betrieben gearbeitet haben. Diese gibt es kaum noch. Danach kamen die ErntehelferInnen aus Kroatien aber auch aus dem Burgenland, in den letzten Jahren vermehrt aus der Slowakei, Tschechien und Polen. Jüngst kommen sie vermehrt aus noch fernerer osteuropäischen Ländern.

**Zapotoczky:** Als ich vor etwa vierzig Jahren in einer Fabrik in Belgien gearbeitet hatte, machte ich teilweise ähnliche Erfahrungen. Bei der industriellen Verarbeitung von Karotten arbeiteten unter Tags die Frauen in der Nacht die Männer. Um die Sozialgesetze zu umgehen, musste ich bei meinem Eintritt meine Kündigung unterschreiben. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Probleme so einfach zu lösen sind. Wenn dies nicht bei uns erzeugt wird, wird die gesamte Produktion woanders hin wandern. Dies passiert ja bereits. Die Tomaten kommen aus dem Senegal oder sonst wo her. Die Menschen versuchen ja auch, ihre Situation zu verbessern. Es scheint für Menschen aus der Slowakei, Polen und jetzt aus der Ukraine noch immer besser zu sein, in Österreich als zu Hause zu arbeiten. Mit

Teillösungen das Auslangen zu finden, erscheint unmöglich. Ein Saisonarbeiter ist wahrscheinlich etwas überspitzt gesagt ein Krösus im Vergleich zu jenen, die zu Hause bleiben. Wenn man dieses System unterbindet, würden diese konkreten Menschen dort verarmen. Die Lage ist so kompliziert und es gibt so viele internationale Aspekte, dass ohne eine Gesamtstrategie und ohne eine gewisse Bereitschaft nichts bewirkt werden kann. Ich sehe zurzeit nicht, dass die Privilegierten, uns selber eingeschlossen, zu grundlegenden Änderungen bereit sind.

**Behr:** Es geht überhaupt nicht darum, die Migration zu verhindern. Es geht um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen vor Ort, welche angeglichen werden müssen. Gleichzeitig ist es aber auch wichtig, sich um die Lebensgrundlagen der Menschen in den Herkunftsländern zu kümmern. Ein Beispiel dafür ist Polen, wo im Zuge des EU-Beitritts geplant wird, 1,5 Mio. Menschen aus der Landwirtschaft wegzurationalisieren. Diese Menschen würden dann gezwungen in die Städte oder in den Westen zu emigrieren. In diesem Zusammenhang ist zu fordern, dass dort die bäuerliche Landwirtschaft und damit ihre Lebensgrundlage erhalten bleiben. Viele Leute die kommen, haben selber einen kleinen Betrieb zu Hause. Das Geld, welches sie als ErntehelferInnen verdienen, investieren sie dann zu Hause wieder. Würde diese Möglichkeit, auf Saison zu gehen, nicht mehr bestehen, so würde die Situation dieser Menschen noch wesentlich prekärer.

**Pevetz:** Es wäre eine interessante Frage, welche allfälligen Impulse in den Herkunftsländern diese Wanderarbeiter auslösen. Wir sehen eine Entwicklung. Die Herkunft rutscht immer weiter nach Osten. Dies würde bedeuten, dass sich in den ursprünglichen Herkunftsländern etwas Positives getan hat. Dies ist nicht nur bedingt wegen der Wanderarbeiter, aber möglicherweise auch.

**Langthaler:** Dieses Thema hat nicht nur eine internationale Dimension, sondern auch eine historische. Denn das Nordöstliche Flach- und Hügelland im Allgemeinen und das Marchfeld im Besonderen war die Region in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, wo bereits im späten 19. Jahrhundert eine großräumige Arbeitsmigration eingesetzt hat. Die Ausführungen erinnerten mich frappant an die Ergebnisse eines Forschungsprojekts an dem ich vor einiger Zeit mitgearbeitet habe über „Zwangsarbeit in der Landwirtschaft während des Zweiten Weltkrieges“. Ich möchte das jetzt nicht gleichsetzen. Zwangsarbeiter damals sind im Wesentlichen aufgrund politischen Drucks zur Arbeitsmigration gezwungen worden, heute ist es im Wesentlichen wohl ökonomischer Druck, der dahinter steht. In den Praxisphänomenen gibt es doch einige Übereinstimmungen. Dabei sind mir drei Dinge ganz besonders aufgefallen. Immigrationspolitik folgt ökonomischen Interessen. Soll man ausländische, v.a. osteuropäische Arbeitskräfte ins Reich hereinholen, war damals auch ein großes Thema. Dabei gab es massive Widerstände von Seiten der Rasseideologen. In diesem Konflikt haben sich die ökonomisch denkenden Führungsleute in der NS-Hierarchie letztlich durchgesetzt. Ein zweiter Punkt ist, dass es auch damals zu einem Verdrängungsprozess kam. Die slowakischen Arbeitskräfte, die im Marchfeld schon über Jahrzehnten, d.h. seit dem späten 19. Jahrhundert, anwesend waren, wurden sukzessive durch noch rechtlosere und willigere osteuropäische Zwangsarbeiter ersetzt. Im Marchfeld konnten wir dies in einigen Fällen sehr klar zeigen, als Ostarbeiter statt Slowaken in den großen Gutsbetrieben eingesetzt wurden. Das Dritte, das bei unserer Studie ebenfalls sehr stark herausgekommen ist, sind die eklatanten Unterschiede zwischen bäuerlichen Betrieben und Gutsbetrieben. In den Gutsbetrieben herrschte eine sehr anonyme Struktur im Zusammenleben zwischen den Landarbeitern und den Gutsbesitzern. In den bäuerlichen Betrieben gab es zum Teil sehr enge Beziehungen, die wiederum die Vorschriften des Regimes, wie man mit diesen Zwangsarbeitern umzugehen hat, durchbrochen haben. Diese sehr engen Kontakte haben sich aber nicht immer positiv für die Zwangsarbeitskräfte ausgewirkt. Im Gegenteil, es gab auch Nepotismus, welcher durch dieses Naheverhältnisses zu besonders argen Zwangsverhältnissen führen konnte. War die Situation der Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges, das ja so nahe liegt bei dieser Untersuchung, in den Gesprächen irgendeinmal ein Thema?

**Behr:** Eigentlich nicht. Es ging sehr viel um die momentane Situation. Dies könnte natürlich auch mit einer gewissen Mentalität der Verdrängung zusammenhängen. Es wurde darauf aber auch nicht speziell eingegangen. Allerdings findet sich in der Diplomarbeit eine Stelle aus dem Jahr 1935, als die Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf „vor Überfremdungsgefahren im Marchfeld“ warnte, da der „deutsche Bauer besonders in der Zuckerrübenproduktion slowakische Landarbeiter“ mit der Begründung vorziehe, diese seien „genügsamer und eingeschulter“ v.a. aber, weil „die slawische

Landarbeiterin oder der slawische Dienstbote auch vom Deutschen gerne geheiratet werde“. Auch hier geht es um Effektivität versus Ideologie.

**Moravec:** Sie schilderten die Lage der legalen ErntehelferInnen. Gibt es hier nicht auch viel Schwarzarbeit?

**Behr:** Dieser sehr wichtigen Frage konnte leider nicht auf den Grund gegangen werden. Mit Sicherheit liegen die Zahlen viel höher, als die offiziell angegebenen. Ein Großteil der Beschäftigung beruht auf Schwarzarbeit und Illegalisierung. Dazu gibt es Andeutungen z.B. von Vertretern der Bezirksbauernkammern. Der sgn. „Arbeitsstrich auf der Brünnerstraße“ ist gut bekannt. Bauern und Häuselbauer holen sich von dort ihre Arbeitskräfte. Kommt die Polizei, rennen die Leute in alle Richtungen davon. Die wirklichen Zahlen sind jedenfalls höher, als die vom AMS angegebenen. Bei den Untersuchungen wurden auch kaum Leute angetroffen, die Schwarzarbeit geleistet haben oder dies zugaben. Die rechtliche Situation auf den großen, bekannten Betrieben ist meistens gut abgesichert. Diese Betriebe werden auch kontrolliert, allerdings nur was die Anmeldung, nicht aber z.B. was die Unterbringung oder die Entlohnung betrifft.

**Moravec:** Was passiert nun mit dieser Diplomarbeit? Auf welche Weise könnten die Ergebnisse umgesetzt werden?

**Behr:** Es gab bereits mehrere Vernetzungstreffen mit der Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG), mit der Arbeiterkammer sowie mit KollegInnen aus der Wissenschaft, Verwaltung und NGO's anderer Länder. Es gibt eine Initiative im Weinviertel namens „Arbeitspool Weinviertel“, welche sich um die ErntehelferInnen vor Ort kümmert. Die Zusammenarbeit muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden. Zunächst wurde einmal der Weg gewählt, die verschiedenen Kreise überhaupt einmal über diese Thematik zu informieren und die Institutionen, die dafür verantwortlich sein sollten, in erster Linie die Gewerkschaft und die Landarbeiterkammer, davon zu unterrichten. Leider nehmen diese ihre Aufgabe in Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften in keiner Weise wahr. Denn man muss sich vor Augen halten, dass die landwirtschaftlichen SaisonarbeiterInnen auch die Landarbeiterkammerumlage zahlen müssen. Diese wird von ihrem Lohn abgezogen, dafür kommt nicht der Betriebsinhaber auf.

**Moravec:** Wie sollen Saisonarbeiter jemals zu gewerkschaftlichen Rechten kommen? Die Mitgliedschaft ist freiwillig und sozialrechtliche Ansprüche entstehen doch erst nach einem halben Jahr.

**Behr:** Für die Gewerkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG) stimmt das. Die Landarbeiterkammer hat allerdings eine Verpflichtung, da es eine Zwangsmitgliedschaft gibt. Die Gewerkschaft verhandelt trotzdem auch die Kollektivverträge aus. Deshalb ist sie auch für diesen Personenkreis unmittelbar zuständig, auch wenn es hier keine verpflichtende Mitgliedschaft gibt. Traditionell ist die Position der Gewerkschaft jene, primär die Position der inländischen Arbeitskräfte zu verteidigen. Ein Zeugnis dafür ist z.B., dass es nach wie vor kein passives Wahlrecht für ausländische Arbeitskräfte in Betrieben gibt.

**Vogt:** Als kleine Biobäuerin aus einer Region angrenzend ans Marchfeld stellt sich für mich schon länger die Frage, ob diese großen wettbewerbsfähigen an den Mainstream der Liberalisierung folgenden Betriebe überhaupt eine Chance hätten, ohne dieses System auf diese Weise auszunützen, d.h. Menschen außerhalb den in Österreich üblichen sozialen Kriterien zu beschäftigen. Dies scheint auch die gesamte Wirtschaftlichkeit zu hinterfragen. Es gibt zwar Wettbewerbsfähigkeit aber ohne soziale Gerechtigkeit. Es wäre spannend zu vergleichen, was dafür investiert werden müsste. Dann hätten wir eine ehrliche Vergleichsmöglichkeit zwischen kleinen bäuerlichen Produktionsschienen und Großbetrieben. Die Großbetriebe werden immer als Vorbild hingestellt, das Leben der Kleinbauern und LandarbeiterInnen erscheint dabei uninteressant.

**Behr:** Es wurde mit Absicht auch ein bäuerlicher Betrieb im Marchfeld untersucht, um nicht nur eine Seite zu beleuchten oder zu denunzieren. Es sollte bewiesen werden, dass dieses bäuerliche Modell nach wie vor funktioniert.

**Pevetz:** Dabei stellt sich die die Frage, ist das Selbst- oder Fremdausbeutung?



**Behr:** Bei dieser Arbeit handelt es sich nur um eine fokussierte Betrachtung des Marchfelds. Es wäre wünschenswert, die gesamtösterreichische Situation genauer zu analysieren. Es gibt andere landwirtschaftliche Intensivgebiete, v.a. in der Steiermark und in Oberösterreich, die in Zukunft beforscht werden sollten.

#### **Allfälliges**

*Wissenschaftlicher Austausch:* **Zapotoczky** informiert über eine beabsichtigte aktivierende Untersuchung über die Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bzw. die wechselseitigen Erwartungen von Jung und Alt in niederösterreichischen ländlichen Gemeinden. **Zapotoczky** ist in diese Untersuchung, die in den nächsten Monaten stattfinden soll, eingebunden. Weiters regt er an, dass es bei jeder Sitzung der Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung zu einem kurzen Austausch über aktuelle Forschungsprojekte und Forschungsvorhaben kommen sollte. Dieser wechselseitige Austausch zwischen den Kollegen und Kolleginnen erscheint ihm wichtig. Dieser Vorschlag findet einhellige Zustimmung.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 12.11.2004 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

*B. Hofer/C. Pass* (Public Opinion - Institut für qualitative Sozialforschung): Bedeutung und Stellenwert nachberuflicher Tätigkeiten von Menschen im dritten Lebensabschnitt im ländlichen Raum. Ergebnisse einer Befragung von rund 1200 Personen über 60 Jahren in öö. Gemeinden bis zu 3000 EinwohnerInnen.

*E. Langthaler* (Ludwig Boltzmann Institut für die Geschichte des ländlichen Raumes): Agrarwende in den Bergen und in der Ebene: zwei Regionen in Niederösterreich 1880-2000.